

FÜR SIE GELESEN

Merkels heikle Mission

Kanzlerin wird für ihre Kritik an Polen gelobt

Es schien, als sei die stark national-analytisch geprägte Wende in Europa kaum aufzuhalten. Der destruktive Politikstil Donald Trumps scheint nun in vielen Ländern ein Umdenken zu erzwingen. Vielleicht kehrt die Erkenntnis zurück, dass stabile Bündnisse hilfreich sein können. Das wurde bei Angela Merkels Staatsbesuch in Polen sichtbar.

Das „Handelsblatt“ analysiert: „Europas zerstrittene Nationen rücken angesichts der Drohungen des neuen US-Präsidenten wieder enger zusammen. Das Treffen von Kanzlerin Angela Merkel mit der polnischen Führung, die lange nichts von Europas führender Flüchtlingspolitikerin wissen wollte, ist nur das jüngste Zeichen dafür. Polens Staatsführung ist tief besorgt über Trumps Aussagen zu Nato und Russland. Fast reflexartig wendet sich Warschau nun wieder an Berlin. Sogar der zu antideutschen Tönen neigende Chef der regierenden nationalkonservativen Partei für Recht und Gerechtigkeit (PiS), Jaroslaw Kaczynski, ist plötzlich voll des Lobes für Merkel.“

Die „Frankfurter Neue Presse“ schreibt: „Im Moment scheint Merkel als die einzige, die Europa zusammenhalten kann (...). Aber auch die Kanzlerin hat verstärktes Interesse an Polen. Denn angesichts der Schwäche anderer größerer EU-Länder, wozu auch Italien zählt, braucht sie Bündnispartner. Doch mit Kaczynski wird es nicht einfach, eine Partnerschaft zu schmieden, die über Formelkompromisse hinausgeht. In der Flüchtlingsfrage sind die Standpunkte grundverschieden. Kaczynski bemängelt zwar zu Recht die etwas naive grenzenlose Solidaritätspolitik Merkels, will aber am liebsten gar niemanden aufnehmen, was kaum mit europäischen Werten vereinbar scheint. Außerdem ist er wie der Ungar Orban trotz aller teilweise berechtigten Kritik an einer europäischen Elitenpolitik, die zu wenig auf die einfachen Menschen achtet, ein Verfechter einer eher autoritären illiberalen Demokratie.“

Die „Stuttgarter Zeitung“ meint: „Wer geneigt ist, (...) über die lange Amtszeit von Angela Merkel zu klagen, der bekam (...) in Warschau die großen Vorteile langjähriger Erfahrung vorgeführt. Eine als äußerst heikel geltende Mission wie die Reise nach Polen, inklusive eines Treffens mit dem autoritären Parteiführer Jaroslaw Kaczynski, erledigte die Kanzlerin mit beeindruckender Souveränität. Trotz diverser polnischer Mahnungen im Vorfeld, es mit den Attacken auf die allein regierenden Rechtskonservativen nicht zu über-treiben, redete Merkel (...) Klartext. Sachlich und in ein Kompliment verpackt forderte die Kanzlerin die Einhaltung demokratischer Werte ein. Man konnte sich lebhaft vorstellen, wie es in Jaroslaw Kaczynski zu brodeln begann, der Merkel erst am Abend hinter verschlossenen Türen traf, weil er kein Regierungsamt innehat und sich derzeit mit der Rolle des kontrollierenden Strippenziehers begnügt.“ Harry Nutt

GASTBEITRAG

In Lernlandschaften investieren

Schulen müssen nicht nur saniert werden. Die modernen Gebäude müssen anregende Lernorte werden.

Von Oliver Kaczmarek



erreichen. Lehrerinnen und Lehrer füllen anregende Lernorte mit Leben. Nur wenn ein moderner Lernort angemessen genutzt wird, kann er seine pädagogische Wirkung entfalten. Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern bestimmen ebenso die Gestaltung einer Schule mit, damit sie neue Konzepte mittragen. Für die Verankerung der Schulen im Stadtteil ist auch die Rolle der Nachbarschaften einer Schule nicht zu unterschätzen. Wir brauchen keine Programme die von oben verordnet werden, sondern eine starke und gestaltende Schulgemeinschaft.

Die Ausgangslagen sind in den Ländern höchst verschieden. In Nordrhein-Westfalen hat die Landesregierung den Bedarf bereits erkannt und die Kommunen mit zwei Milliarden Euro zur Sanierung der Schulen ausgestattet. Andere Länder drängen hingegen mehr auf Investitionen in die Digitalisierung. Die Förderung des Bundes muss diese Unterschiede berücksichtigen und Lösungen im Baukastenformat für die verschiedenen Länder anbieten. Eine Debatte, die das eine auf Kosten des anderen ausschließt, ist nicht hilfreich.

Beispiel Ganztagschule: Die Nachfrage nach den Plätzen übersteigt immer noch das Angebot. In der Ganztagsbetreuung erleben die Schülerinnen und Schüler individuelle Förderung nach ihren Interessen. Jedoch hängt der Erfolg von der Qualität der Lernlandschaft ab. Wenn wir den Aus-

bau finanzieren, dann direkt nach modernsten Kriterien. Aus den Ergebnissen des Begleitprogramms Ganztagschule „Ideen für mehr! Ganztägig lernen.“ lassen sich drei zentrale Erkenntnisse ableiten.

Erstens entsteht eine neue Lernkultur, die Phasen von Selbstlernen, von Lernen in der Gruppe und erlebnisorientiertes Lernen umfasst. Zweitens öffnet sich die Ganztagschule durch Kooperationen mit Vereinen und Initiativen zur sozialen Landschaft in der Kommune. Drittens sorgen Ganztagschulen für mehr Beteiligung der Schulgemeinschaft. Der Freiraum bei der Gestaltung des Ganztagsbetriebs ermutigt Schüler, Eltern und Lehrer gemeinsam neue Lehr- und Lernformen zu entwickeln. Diese drei Entwicklungen gehen einher mit neuen Anforderungen an die Lernräume. Eine moderne Ganztagschule muss multifunktionale Gruppenräume genauso enthalten, wie Orte für stilles selbstorganisiertes Lernen oder Begegnungs- und Spannungszonen.

In den übergreifenden Berufsbildungsstätten entscheidet sich, wie gut die Fachkräfte von morgen ausgebildet werden. Eine moderne Ausstattung und ein Konzept das berufliche und akademische Bildung gleich wertschätzt, unterstützt unsere Gesellschaft, den technologischen Wandel selbstbestimmt zu gestalten. Dazu gehören nicht nur neue Computer und Maschinen, sondern auch Lernräume, die auf ein selbstbestimmtes Arbeitsleben vorbereiten in welcher der Mensch seine gestaltende und entscheidende Autorität bewahren kann.

Bildung braucht Wertschätzung! Das wird sichtbar, wenn wir wertschätzend mit der Bildungsinfrastruktur umgehen. Wertschätzung bemisst sich aber nicht nur an der reinen Summe, die investiert wird, sondern auch an den Konzepten hinter den Investitionen. Um- und Neubau sollen neuste Erkenntnisse aus der Lernforschung integrieren. Deswegen ist mein Plädoyer: Moderne Schulgebäude und anregende Lernorte müssen zusammen gedacht werden!

Oliver Kaczmarek ist SPD-Bundestagsabgeordneter und stellvertretender Sprecher der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung.

KOLUMNE

Unamerikanische Umtriebe

KLAUS STAECK



Die US-Demokratie hat John Edgar Hoover und Joseph McCarthy überlebt. Das lässt hoffen.

Auch Bertolt Brecht wurde im sechsten Jahr seines Exils in Kalifornien als „unfreundlicher Zeuge“ vorgeladen, beantwortete alle Fragen nach einer Parteimitgliedschaft mit Nein, und verwies gegen Vorhaltungen auf sein kommunistisches Stück „Die Maßnahme“ auf ein japanisches Vorbild. Er gab zu, dass die Grundlage seiner Stücke marxistisch sei und dass er mit den Eisler-Brüdern über nichts anderes als über Politik geredet habe. „Ein abtrüser Brecht’scher Vorgang, weil man ihn so nicht der Lüge überführen konnte – das Komitee konnte mit dem Mann nichts mehr anfangen und schickte ihn weg. Auf Eislers Rat flog er noch in derselben Nacht nach Zürich“, schrieb Hans Bunge in seinen Anmerkungen zu den Gesprächen mit Hanns Eisler. Später notierte Brecht, dass sich „... die Besieger des Faschismus als Faschisten zu erkennen geben“.

Zum Wirken des Ausschusses des Repräsentantenhauses vergiftete FBI-Chef John Edgar Hoover mit seinen Nachstellungen jegliche intellektuelle und politische Freiheit der USA. Als Dritter im Bunde kam Senator Joseph McCarthy zum Zuge. Sein Untersuchungsausschuss zur Aufdeckung der kommunistischen Unterwanderung der US-Gesellschaft führte fast täglich Anhörungen durch, die Gerichtsverhandlungen glichen, ohne die Rechte der Angeklagten zu respektieren. McCarthy überzog das Land mit seinen wahnhaften Verschwörungsfantasien, die in der irren Aussage gipfelten, seit 1933 hätten die demokratischen Präsidenten 20 Jahre lang nichts als Hochverrat betrieben.

In der Bundesrepublik machte er sich einen Namen, weil er Mitarbeiter in die Amerika-Häuser schickte, um die Werke von 75 US-Autoren – alle angebliche Kommunisten – aus den Bibliotheken zu entfernen. Aber damals wie heute hatte die Macht im Staate die Medien nicht im Griff, weshalb dieser fürsorgliche Umgang mit US-Literatur als „Bücherverbrennungsmission“ und als heilloser PR-Desaster nach Zürich“, schrieb Hans Bunge in seinen Anmerkungen zu den Gesprächen mit Hanns Eisler. Später notierte Brecht, dass sich „... die Besieger des Faschismus als Faschisten zu erkennen geben“.

Klaus Staeck ist Grafiker.



LEITARTIKEL

Der Angesehene

HOLGER SCHMALE



Viele waren zu Beginn der Amtszeit von Joachim Gauck als Bundespräsident skeptisch. Heute wissen wir: Er hat seine Arbeit mit Bravour bewältigt.

Joachim Gauck war der richtige Mann an der richtigen Stelle in unruhigen Zeiten. Er war ein politischer Präsident im besten Sinne, der sich einmischt und Position bezieht, ein aktiver, orientierender Teil des demokratischen Diskurses. Das wird sein Vermächtnis sein, nicht die eine große Rede oder das eine bestechende Zitat. Von Anfang an hat er sich den Gegnern der Demokratie gestellt, als die von ihnen ausgehende Gefahr noch gar nicht so präsent schien wie heute. Er fand dazu einen kämpferischen Ton, der nichts mehr mit dem präsidialer Sonntagsansprachen früherer Zeiten zu tun hat.

Schon in seiner Antrittsrede wandte er sich an die rechtsextremen Verächter der liberalen Ordnung der Bundesrepublik „mit aller Deutlichkeit: Uner Hass ist unser Ansporn. Wir lassen unser Land nicht im Stich. Wir schenken Euch auch nicht unsere Angst. Ihr werdet Vergangenheit sein und unsere Demokratie wird leben“. Das war ein neues Wir-Gefühl, das Gauck dort formuliert hat, eines, das die Demokraten aufrütteln und mobilisieren soll, im Zweifel mehr zu tun, um unsere Werte und unsere freiheitliche Lebensform zu verteidigen.

Wie nötig das ist, wird heute erst richtig deutlich, da die liberale Demokratie und das Projekt des Westens unter Beschuss stehen, wie er in seiner letzten großen Rede vor ein paar Wochen formuliert hat. In dieser Rede findet sich auch ein anderes Vermächtnis dieses Präsidenten angesichts der Debatten um Zuwanderung und deutsche Identitäten: Die entscheidende Trennlinie verlaufe nicht zwischen Alteingesessenen und Neubürgern oder Angehörigen verschiedener Religionen, stelle er fest. „Die entscheidende Trennlinie verläuft zwischen Demokraten und Nicht-Demokraten. Es zählt nicht die Herkunft, es zählt die Haltung.“

Joachim Gauck war auch deshalb ein so starker Präsident, weil er eingelöst hat, was manche Vorgänger nur angekündigt haben: Er war durchaus unbequem. Er hat sich für ein größeres militärisches Engagement Deutschlands in den Konflikten der Welt stark gemacht, wohl wissend, dass dies alles andere als populär in der Bevölkerung ist und sich auch gute Argumente dagegen finden lassen. Darüber hat er gern gestritten. Manche haben ihm vorgeworfen, er habe sich zu wenig mit der mangelnden sozialen Gerechtigkeit im Land beschäftigt. Dazu finden sich zwar immer wieder Aussagen in seinen Reden – aber sie sind vielleicht nicht ganz so dringlich und mitreißend ausgefallen, wie die Passagen über Freiheit und Verantwortung.

Anderen hat sein kritischer Umgang mit dem russischen Präsidenten Putin nicht gefallen, und dass er nie nach Russland gereist ist. Über all das kann man diskutieren und anderer Meinung sein. Dass dennoch über 80 Prozent der Deutschen am Ende finden: Er hat es gut gemacht, zeigt: Genau so muss ein Präsident sein. Das ist der Maßstab, an dem sich der Berufspolitiker Frank-Walter Steinmeier messen lassen muss, wenn er am 18. März das Amt übernimmt. Heute aber bleibt nur noch zu sagen: Man hat zu danken, Herr Gauck.

KOMMENTARE

Rückführen statt abschieben

Von Daniela Vates

Interessant ist an Positionspapieren auch das, was nicht drinsteht. Die Bundesregierung legt eine weitere Verschärfung ihrer Asylpolitik vor – nicht darin enthalten ist die Forderung der Union nach Transitzentren für Flüchtlinge. Noch vor kurzem haben CDU und CSU dies zu ihrem Kernanliegen erklärt: Flüchtlinge direkt an der Grenze kasernieren, bis ihre Asylanträge zumindest mal vorgeprüft sind. Vermutlich ist der Union aufgefallen, dass es rechtlich schwierig werden könnte mit dieser Idee. Oder dass ausgerechnet im CSU-geführten Bayern, über das die meisten Flüchtlinge einreisen, auch die meisten bleiben würden.

Interessant ist am Asylpapier der Regierung auch der Ton. Ganz fies wollen Angela Merkel und Co. wohl lieber doch nicht klingen, wenn es um Flüchtlinge geht. Deswegen heißen Abschiebungen in der offiziellen Sprache nun schon länger Rückführungen. Und deswegen plädiert das Kanzleramt nicht für Abschiebezentren, sondern für „Bundesausreisenzentren“.

Warum sich aber die Unionsparteien, aus deren Ideenkästchen die Vorschläge kommen, die sprachliche Verpackungsmühe gemacht haben, bleibt rätselhaft. Sie verfolgt im Wahljahr ja gerade das entgegengesetzte Ziel – das, als hart und entschlossen wahrgenommen zu werden. Seite 4

Schutz für Beschützer

Von Harry Nutt

In Dortmund, wo die ortsansässige Borussia ihre Fußballspiele abhält, wurde am Samstag ein meterlanges Transparent hochgehalten mit der Aufschrift: „Pflastersteine auf die Bullen“. Nach dem Spiel flogen die Steine dann wirklich. Das Spektakel ist kein Einzelfall, und die staatlichen Ordnungshüter sind keineswegs zufällig das Opfer aggressiver Freizeitleuten. Die Polizei ist zum offenen Feindbild randalierender Gruppen geworden, die nicht selten auch enge Beziehungen zu radikalen Milieus unterhalten. Die Polizei, zu deren Pflichten es gehört, derlei Veranstaltungen hinreichenden Schutz zu gewähren, geraten immer öfter in die Situation, als Angriffsziel gewalttätiger Manifestationen zu erhalten müssen.

Die Beschützer brauchen mehr Schutz. Das hat Justizminister Heiko Maas in ein Gesetz umzuwandeln versucht, das das Bundeskabinett verabschiedete. Es sieht vor, dass der tätliche Angriff auf Beamte als eigener Straftatbestand gewertet werden kann. Bislang konnte ein Angriff auf Polizisten nur gesondert geahndet werden, wenn ein Bezug zur Vollstreckungshandlung vorlag.

Das Gesetz stärkt die Rechte und den Schutz der Menschen bei ihrer Amtsausübung. Zugleich ist es das bittere Eingeständnis, dass die Verhältnisse derzeit nicht dem Bedürfnis nach einer offenen Beziehung zwischen Polizeibeamten und Bürgern entsprechen. Seite 6